

Kopie



UNGÜLTIG
Kopie der ... Ausfertigung
Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/48 III

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Gemäß Schreiben

Vom Bundeskanzleramt

01.07.2024

auf VS-Vertr. / VS-MD / offen

herabgestuft

Berlin, den 03.07.2024

1. Anlage zu TgbNr. PYY 202/24

VS-Vertr.
Geheim
Str. Geheim

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

**Stenografisches Protokoll
der 48. Sitzung
Sitzungsteil Geheim
- vorläufige Fassung* -**

1. Untersuchungsausschuss
Berlin, den 28. September 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 2.300
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Einzigiger Tagesordnungspunkt

Seite

Öffentliche Zeugenvernehmung

Dr. Felix Neumann

Leiter des Referats „Visumrecht: Einzelfälle und
Verwaltungsstreitverfahren in Visumangelegenheiten“
im Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-49)

siehe Stenogr. Protokoll 20/48 I

Dr. Annette Weerth

Leiterin des Referats „Grundsatz Ausländer- und
Visumrecht, langfristige Aufenthalte, migrationspolitische
Grundsatzfragen“ im Auswärtigen Amt
(Beweisbeschluss Z-50)

siehe Stenogr. Protokoll 20/48 I

M. W.

Regionalbeauftragter Afghanistan beim BND
(Beweisbeschluss Z-51)

3

Zeugenvernehmung Öffentlich
siehe Stenogr. Protokoll 20/48 I

*** Hinweis:**

Die Stenografischen Protokolle über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen werden grundsätzlich weder vom Ausschuss noch von den jeweiligen Zeugen oder Sachverständigen redigiert bzw. korrigiert. Zeugen und Sachverständigen wird das Stenografische Protokoll über ihre Vernehmung regelmäßig mit der Bemerkung zugesandt, dass sie Gelegenheit haben, binnen zwei Wochen dem Ausschusssekretariat Korrekturen und Ergänzungen mitzuteilen. Etwaige Korrekturen und Ergänzungen werden dem endgültigen Protokoll beigelegt.

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst

Seite 1 von 16

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

A1-2
AZ: 30101 A3
21 AfG 11/24 NR 1

Kopie

Vorläufiges Stenografisches Protokoll 20/48 III

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten



UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

(Beginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Geheim: 23.05 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen M. W. fort.

Fortsetzung der
Vernehmung des
Zeugen M. W.

Wir tagen nunmehr Geheim. Ich stelle fest, dass sich neben den Ausschussmitgliedern nur Berechtigte im Saal befinden. Ich weise ausdrücklich auf die Geheimschutzordnung des Deutschen Bundestages hin. Ich weise auch darauf hin, dass sich keine Mobiltelefone oder sonstigen zur Anfertigung von Bild- oder Tonaufzeichnungen geeigneten Geräte im Saal befinden dürfen, auch nicht entsprechende Uhren oder Ähnliches.

Ich bitte das Sekretariat, die entsprechende Kennzeichnung vor dem Sitzungssaal anzubringen und sicherzustellen, dass keine Person den Saal betritt, die nicht sicherheitsüberprüft und ermächtigt ist.

(Ein akustisches
Signal ertönt)

- Schön, dass das auch noch akustisch untermalt wird; Sie sehen, dass das klappt.

Die Fertigung von Sitzungsnotizen ist zugelassen. Hierfür hat die Geheimschutzstelle Notizkladden ausgegeben, die allerdings selbst den Charakter einer Verschlusssache haben. Deshalb sind sie am Ende der Sitzung bei den anwesenden Mitarbeitern der Geheimschutzstelle oder beim Sekretariat abzugeben. Sie werden in der Geheimschutzstelle aufbewahrt und an den Inhaber bei Bedarf ausgegeben. Wer über ein Verwahrgeless verfügt - wie ich zum Beispiel - und seine Notizkladde von dort mitgebracht hat, kann sie auch wieder dorthin zur Aufbewahrung verbringen.

Damit können wir die Vernehmung fortsetzen.

Ich weiß nicht, ob es alle Beteiligten wissen; aber ich weise auch noch mal ausdrücklich darauf hin, dass uns der Stenografische Dienst genau bis Mitternacht zur Verfügung steht. Das erfordert Disziplin aller Beteiligten. Davon gehe ich jetzt aus, und im Zweifelsfall bin ich munter genug, dass ich auf der Disziplin bestehe.

Das Wort hat die SPD-Fraktion. Der Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir werden uns bemühen, die Vorgaben vorbildlich zu erfüllen. - Ich möchte deswegen direkt auf die dynamische Entwicklung im August 21 zu sprechen kommen und mit einer organisatorischen Frage beginnen. Aus einer E-Mail des Referatsleiters LBA vom 7. September 21, VS-Geheim - bezieht sich auf Tagebuchnummer 107/23, Anlage Laptop, Ordner 330 - geht hervor,

Zeuge M. W.: Also, tatsächlich kann ich mich nicht daran erinnern, dass es da den Leitungsvorbehalt gegeben hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Möchten Sie das Material?

Zeuge M. W.: Ja.

(Dem Zeugen wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Er liest in diesem Dokument)

Also, ich habe das hier nicht mitbekommen,

UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten



UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

[REDACTED]

Jörg Nürnberger (SPD): Dann danke ich für diese Klarstellung und möchte auf einen anderen Themenkomplex eingehen. Da bitte ich um Nachsicht, falls dieser zeitlich in den Zeitraum fällt, in dem Sie Urlaub hatten; aber ich glaube, wir kommen dann im Laufe der Fragestellung darauf hin, wie Ihre Rolle bei dieser Frage war.

Am 11. August 2021 geht beim BND eine E-Mail aus dem Bundeskanzleramt ein, die um 10.38 Uhr ans Referat LBA weitergeleitet wird. Da geht es um MAT A BND-3.175 VS-NfD, Blatt 123 bis 127. Da steht unter anderem drin:

„... zu u.a. Agenturmeldung erbitte ich eine kurze Stellungnahme des BND, insbesondere zur Einordnung der Aussage, Kabul könne innerhalb von 30 bis 90 Tagen fallen - auch vor dem Hintergrund einer in der gestrigen ND-Lage leicht abweichenden Bewertung. Idealerweise fließt eine Einschätzung der betreffenden AND ein.“

Über eine zeitnahe Rückmeldung würde ich mich freuen.“

Da geht es um eine Meldung der dpa, die sich auf die „Washington Post“ beruft, die sich ihrerseits wieder auf US-Geheimdienstkreise beruft, dass Kabul innerhalb von 30 bis 90 Tagen in die Hände der Taliban fallen könnte, also viel früher, als bisher von den USA angenommen.

In der Folge erstellt der BND - und darauf will ich hinaus - eine Berichterstattung zur Lage und nennt am Ende - [REDACTED]

Da beziehe ich

20. Wahlperiode

Deutscher Bundestag - Stenografischer Dienst

Seite 4 von 16

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

mich auf VS-Geheim, MAT A BKAm-3.72 bis 3.82 in der Tagebuchnummer 27/22. Diese Berichterstattung wird im Referat LBA erstellt und am 12. August 21, also am nächsten Tag, an das Bundeskanzleramt geschickt. Und die Frage an Sie lautet: Waren Sie vielleicht jetzt nicht bei dieser konkreten Meldung und Bewertung, aber insgesamt in die Erstellung dieser Kippunkte, die ja anschließen an die Szenarien, die wir vorhin noch in offener Sitzung besprochen haben, eingebunden? Welche Rolle hatten Sie da?

Zeuge M. W.: Da war ich nicht mit eingebunden, bei den Kippunkten.

Jörg Nürnberger (SPD): Wann haben Sie das erste Mal über diese doch eher neue Begrifflichkeit gehört?

Zeuge M. W.: Eigentlich, als ich aus dem Urlaub wiedergekommen bin und als wir darüber gesprochen haben, im Nachhinein.

Jörg Nürnberger (SPD): Der Zeuge O. W., den wir heute, glaube ich, auch schon mal angesprochen haben als zuständiger Sachgebietsleiter, gab bei uns im Ausschuss an, dass man „die Kippunkte ja schon entwickelt gehabt“ hatte und dann in die Stellungnahme an das Bundeskanzleramt diese Überlegungen eingebracht werden konnten. Ich beziehe mich auf das Vorläufige Stenografische Protokoll 20/22 II, Seite 48. Jetzt passt das irgendwie nicht ganz zu Ihrer Aussage gerade, dass Sie in Ihrer Funktion vorher noch nie etwas darüber gehört haben. Können Sie uns das vielleicht näher erläutern, wo da die Aufgabentrennung war, dass das entsprechende Sachgebiet darüber bereits offensichtlich schon länger diskutiert hatte und das bis zu Ihnen noch nicht vorgebracht war?

Zeuge M. W.: Das zuletzt Gesagte trifft eigentlich zu. Die Arbeiten, wie ich das vorhin schon ausgeführt habe, in dieser neuen Szenariotechnik, die sind ja kontinuierlich fortgesetzt worden. Und letztendlich ist der Vorgang auch kontinuierlich gewachsen und immer dicker geworden, sodass



UNGÜLTIG
amtlich genehmigt

man tatsächlich, also, ich jedenfalls nicht im Detail immer mitgelesen habe und quasi auch die Feinheiten unterwegs dann wahrgenommen habe. Wir haben darüber gesprochen, dass es Abläufe gibt, die allen Szenarien gemein sind, und dann dividiert sich das auseinander. Wir haben sicherlich auch darüber gesprochen, dass Abhängigkeiten da sind, wann welches Szenario kommt. Aber über Kippunkte - Sie haben gerade von dem Lieblingswort gesprochen -, dass ich mich damit ernsthaft beschäftigt hätte oder auch beteiligt war in dem Prozess: „Welche Kippunkte müssen wir denn jetzt beobachten?“, da habe ich keine Erinnerung dran oder - - Nein, das war auch nicht so. Da war ich nicht beteiligt.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist Ihnen im Nachhinein bekannt geworden, wer diese Erstellung der Kippunktmethodologie in Auftrag gegeben hat und wie diese Einordnung dieser Kippunkte zustande gekommen ist? Weil Sie haben ja bereits auch die Innenrevision angesprochen - vielleicht im Zusammenhang mit dieser.

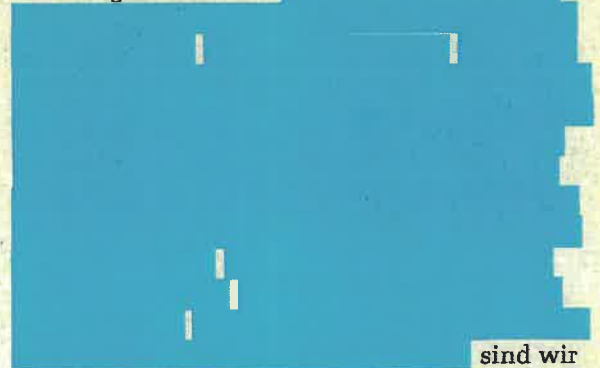
Zeuge M. W.: Also, dieser Prozess der Szenarioanalyse ist in dem verantwortlichen Referat in der Auswertung bearbeitet worden und durchgeführt worden mit unterschiedlichen Beteiligungen dort. Dass wir uns natürlich alle die Frage gestellt haben: „Was haben wir falsch gemacht?“, oder: „Was hätten wir besser machen können, um das präziser vorherzusagen?“, auch diese 30 bis 90 Tage, was dann nur noch drei bis neun Tage waren oder so - ich glaube, das ist ja auch schon hier diskutiert worden, dass sehr viele davon überrascht gewesen sind, bis hin zu den Taliban selber, dass der Prozess plötzlich so schnell vonstattenging.

Und im Nachhinein hat man dann gesucht: „Wo hatten wir denn was, wer hatte welches Wissen, und wie ist das berücksichtigt worden?“, bis hin: „Haben wir jemanden, der im Auswerteprozess, wenn wir zu einer Einordnung kommen, auch mal sich abseits stellt und mit einer ganz anderen Position, konträren Position hineingeht, dass wir uns in der Auswertung bei den Methoden, die

wir da anwenden, selber mehr infrage stellen und dann eben vielleicht so was zukünftig besser im Blick haben und genauer noch erkennen können?“ Das sind viele Überlegungen, die unmittelbar danach, quasi gleich in den nächsten Tagen, und dann natürlich auch durch die Innenrevision angestoßen, natürlich uns alle bewegt haben. Wir sind ja auch von allen gefragt worden: Warum habt ihr es nicht vorhergesagt? - Und auch da haben wir gesagt: Wir müssen Fehler eingestehen und diese Fehler identifizieren und Fehler korrigieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Das ist durchaus nachvollziehbar, und wir haben uns ja mit dieser Innenrevision auch hier bereits länger beschäftigt. Nach dem, was Sie aber bisher geschildert haben, drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass diese neue Szenariotechnik oder diese neue Szenariomethode, die Sie hier eingeführt haben, gerade in dem Fall von Afghanistan offensichtlich ja auch die Reaktion auf eine bestimmte - wie möchte ich das formulieren? - Art von Defizit sein konnte, weil sonst hätte man ja die Methoden nicht weiterentwickeln müssen. Haben Sie zu dieser Zeit, also etwas zurückliegend, als es über diese Szenarien ging, hier einen Ansatz gesehen, wie ich bessere, qualitativ höhere Bewertungen der Lage erzielen kann, indem ich diese Szenariotechnologie einsetze? Nach Ihrer Einschätzung: Wo waren die Defizite vorher?

Zeuge M. W.: Vielleicht: in die Zukunft schauen oder Prognosetechnik.



sind wir da in vielen Bereichen unterwegs und versuchen,

UNGÜLTIG
amtlich genehmigt



GEHEIM
UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

da für die Zukunft besser zu werden. - Ist das jetzt die Antwort auf Ihre Frage oder - -

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht

[REDACTED]

Zeuge M. W.: Ich hatte vorhin schon mal gesagt:

[REDACTED]

Und dann - das Zweite -: Afghanistan war ein besonderer Fall. Mit dem Doha-Abkommen haben wir mit einer zeitlichen Perspektive von 14 Monaten eine grundsätzliche Lageveränderung angekündigt bekommen.

[REDACTED]

Wenn ich schaue, welche Länder noch alle krisenhafte Entwicklungen genommen haben, auch seitdem: Wir haben Lessons learned natürlich ganz intensiv betrieben, systematisch, und trotzdem sind seitdem schon wieder Krisen in der Welt passiert, die wir auch nicht auf die Stunde genau vorhergesagt haben. Also es ist eine schwierige Sachlage, und ich persönlich bin der Meinung: Das wird uns nie ganz gelingen.

Jörg Nürnberger (SPD): Jenseits dieser auch eher theoretischen Überlegungen, die ich völlig nachvollziehen kann, wurde in dem konkreten Fall - das hat der Zeuge O. W. ebenfalls vorgetragen -

einer der Kipppunkte definiert als der vollständige Abzug der US-Streitkräfte. Jetzt haben Sie gerade noch mal sehr eindrucksvoll dargelegt, dass seit dem 14. April spätestens ja festgestanden hat, dass die US-Streitkräfte im September, am 11., das Land verlassen haben werden, und zwar vollständig.

Jetzt stellt sich mir die Frage: Wenn also der BND den vollständigen Abzug der US-Streitkräfte für einen wichtigen Indikator gehalten hat, dass Kabul dann innerhalb von 30 Tagen von den Taliban eingenommen werden konnte, ist für uns schwierig nachzuvollziehen, warum das nicht früher an die Bundesregierung ausdrücklich kommuniziert wurde. Oder ging der BND davon aus, dass die USA auch über den 11. September hinaus zumindest Kräfte am Kabuler Flughafen stationieren würden?

Zeuge M. W.: Also, wir sind davon ausgegangen, dass die amerikanische Botschaft in Kabul bleibt und dafür auch die notwendigen Sicherheitskräfte, die Amerika üblicherweise in der Welt in Krisengebieten vor Ort stationiert hat, ebenfalls bleiben. Es hat sogar Verträge mit der amerikanischen Botschaft gegeben und Sicherheitsgarantien für die deutsche Botschaft.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, das war für Sie kein Anlass, den Abzug der amerikanischen Streitkräfte, mit Ausnahme dieser Sicherungskräfte für die Botschaft, mit den 30 Tagen, die in dem Kipppunkt genannt worden sind, in Relation zu setzen. Oder mit anderen Worten: Sie haben weiterhin an Ihrer Prognose festgehalten, dass dieser Zeitraum länger sein wird.

Zeuge M. W.: Ja. Wir hatten auch keine Anzeichen, dass die Taliban vorher nach Kabul kommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht. Wir haben vereinbart, dass die Fragezeit von SPD und CDU/CSU ein bisschen verkürzt wird, damit alle noch zu Wort kommen. - Herr Kollege Röwekamp.

GEHEIM
UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten



~~GEHEIM~~
~~öffentlich geheimgelassen~~
UNGÜLTIG

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Herr Zeuge, wir wissen aus den Unterlagen [REDACTED]

[REDACTED] Was können Sie uns zu diesem Sachverhalt sagen?

Zeuge M. W.: Das ist korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie sollte diese Zusammenarbeit aussehen? - Bitte.

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Zeuge M. W.: Also, üblicherweise arbeitet der Bundesnachrichtendienst mit - -

(Stefan Keuter (AfD): Herr
Vorsitzender, die Bundes-
regierung!)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen. - Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Also, ich glaube, die Frage zielt auf operative Belange ab, und Details hierzu können auch in eingestufte Sitzung nicht preisgegeben werden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie bitte? Warum? Es heißt hier: Vorschlag zum Anstoßen von offiziellen Beziehungen.

RD Michael Steppan (BKAm): Ja, also, ich will nur sagen: Soweit die Fragen dann Richtung Details der operativen Belange gehen, könnte das nicht dargelegt werden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nee, ist gut, okay. Aber das frage ich ja zurzeit nicht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war ja noch keine Frage nach operativen Details.

RD Michael Steppan (BKAm): Genau. Also, das müsste dann entsprechend den Schwärzungen, die ja auch in Geheimakten vorgenommen werden - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, was geschwärzt ist, kann ich ja sowieso nicht fragen.

(Heiterkeit)

Bei mir ist es auch blau. Also insofern stelle ich es allgemein: Bitte, was wissen Sie über diesen Vorgang, und wie hat sich das entwickelt?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): [REDACTED]

Zeuge M. W.: Zunächst ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann teilen Sie uns doch bitte mit, [REDACTED]

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Bitte schön.

RD Michael Steppan (BKAm): Ich bitte jetzt einfach um möglichst allgemeine Beantwortung der Frage. Wie sich [REDACTED] das ist natürlich sehr detailliert.

~~GEHEIM~~
~~öffentlich geheimgelassen~~
UNGÜLTIG



UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

Zeuge M. W.: Also, im Allgemeinen - ich versuche es mal so - [REDACTED]

(Mechthilde Wittmann
(CDU/CSU): Das ist ja mal
eine Aussage!)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich glaube, die Besorgnis der Bundesregierung, dass Sie zu viel sagen, ist völlig unbegründet.

(Heiterkeit)

Und ich würde Sie darum bitten, das noch näher auszuführen. [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Konnten Sie aus den [REDACTED]

Zeuge M. W.: Insofern, dass wir wussten, [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auf welchen Zeitraum bezieht sich diese Erkenntnis jetzt, also wenn Sie das jetzt von Doha bis Mitte August 21 sehen, also bis wann hatten Sie den Eindruck, [REDACTED]

Zeuge M. W.: Im Juli 21.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Kann ich davon ausgehen, dass auch diese Erkenntnislage zu Ihrer Lageeinschätzung beigetragen hat, sage ich jetzt mal so, dass ein Zusammenbruch des afghanischen Staates so schnell nicht zu befürchten sei?

Zeuge M. W.: Ja, wobei Sie jetzt gesagt haben: "Zusammenbruch des afghanischen Staates". Das haben wir so nicht. [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): [REDACTED]

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In der mir bekannten Vorlage steht, [REDACTED] Haben Sie das getan und, wenn ja, mit welchem Ergebnis?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und was war mit [REDACTED]

Zeuge M. W.: Das ist nicht gebilligt, aber die wussten davon.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das ist so, als wenn ich meine Kinder nach Schulnoten frage.

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist ja spannend. Das sollten Sie uns nachher mal in nicht-öffentlicher Sitzung sagen.



UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): [REDACTED]

?

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Gut.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So was kommt von so was.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, genau.

Zeuge M. W.: Das war jetzt eine Eins plus.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich gerne, wenn ich noch ein bisschen Zeit habe, -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ein bisschen haben wir noch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): - mit Ihnen noch mal kurz springen zu dem Bericht der Innenrevision. Wann haben Sie davon erfahren, dass ein solcher Bericht geplant ist, und wie waren Sie in die Entwicklung des Fragenkataloges und in die Berichterstellung eingebunden?

Zeuge M. W.: Da ich den Zeitraum August bis Mitte September gar nicht dabei war, in der Abteilungsleitung beteiligt gewesen bin, hat diesen Bericht der Abteilungsleiter persönlich geführt, die Bearbeitung betreut, und ich bin da maximal am Rande beteiligt gewesen. [REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Kennen Sie den Bericht?

Zeuge M. W.: Ansatzweise. Ich habe ihn nicht komplett studiert.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Stand Ihnen der Bericht denn zur Verfügung?

Zeuge M. W.: Wenn ich es gewollt hätte, hätte ich ihn lesen können, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Teilen Sie die in der Innenrevision getroffenen Feststellungen? Oder ich frage vorher: Haben Sie die Kurzzusammenfassung gelesen?

Zeuge M. W.: Also, ich weiß, dass dieser Bericht insbesondere in unserer Auswertung keine besondere Gegenliebe gefunden hat. Der Abteilungsleiter hatte einen anderen Oberst in der Abteilung eingeteilt, diese Bearbeitung des Fragenkatalogs der Innenrevision und die Antworterstellung zu begleiten, und ich weiß, dass der Leiter der Auswertung eine Stellungnahme zu diesem Bericht geschrieben hat. Aber an diesem Prozess war ich unmittelbar nicht beteiligt und kann deshalb dazu keine inhaltlichen Aussagen machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Würden Sie mit Ihrer Expertise die Feststellung teilen, dass das Lagebild durch den BND während dieses Zeitraums im Wesentlichen zutreffend ermittelt worden ist, allerdings der Sturz des Regimes in der Geschwindigkeit unterschätzt worden ist?

Zeuge M. W.: Ja, wobei ich nicht „Sturz“, sondern „Zerfall des Regimes“ sagen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Was hätte aus Ihrer Sicht in diesem Zeitraum anders gemacht werden können, um diese identifizierte Fehleinschätzung zu vermeiden? [REDACTED]

Zeuge M. W.: Ich habe ja vorhin schon gesagt: Natürlich haben wir - - Wir haben es nicht gesagt, also: Da ist ein Fehler passiert, und wie kann man den korrigieren? - Wir haben uns da sehr viele Gedanken drüber gemacht, und tatsächlich

UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten



UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

ist es aber so, dass in diesem Fall andere einzelne Personen Entscheidungen getroffen haben, die so nicht erwartbar waren, und dann eine Kettenreaktion in Gang getreten ist, die zu den Ereignissen dann im August - - stattgefunden haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vor dem Hintergrund der vorhin von Ihnen in der öffentlichen Vernehmung gegebenen Antwort zur Qualität des operativen Lagebildes, was Sie hatten: Würden Sie jetzt in geheimer Sitzung sagen, dass Sie in der ganzen Zeit ein qualitativ gutes Lagebild hatten, [REDACTED]

[REDACTED] Also hat das die Qualität oder die Validität Ihrer Einschätzungen nachteilig beeinflusst?

Zeuge M. W.: Ich bleibe bei meiner Aussage: Wir hatten ein gutes Lagebild.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Gibt es andere Punkte aus Ihrer Wahrnehmung, wo Sie sagen: „Da gibt es Verbesserungspotenzial“? Also was lernen Sie - jetzt unabhängig vom Bericht der Innenrevision - aus dem gesamten Vorgang der Berichterstattung zu Afghanistan im Untersuchungszeitraum, also von Februar 2020 bis Sommer 2021?

Zeuge M. W.: Also, ein Beispiel habe ich vorhin schon gesagt: dass man in der Auswertung die Methoden und Prozesse dort anpassen muss. [REDACTED]

[REDACTED] Also, auch solche Sachen haben wir uns alles - - Das ist, was wir daraus lernen und was für uns auch zu Veränderungen in den Einsätzen weltweit geführt hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Letzte Frage, bitte.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der Abschlussbericht in der Kurzzusammenfassung der Innenrevision identifiziert [REDACTED]

[REDACTED] das haben Sie gerade eben schon geschildert -, [REDACTED]

[REDACTED]. Können Sie uns da Beispiele nennen, in denen man in diesem Zeitraum in den [REDACTED]

[REDACTED] anders hätte sich verhalten sollen?

[REDACTED]

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, verstehe.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Limburg.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Zeuge, einige wenige Fragen, die sich so ergeben, einmal anknüpfend an die Befragung durch den Kollegen Röwekamp: Sie haben vorhin auf die Frage nach [REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED] Das habe ich nicht verstanden.

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten



UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten

Zeuge M. W.: Ja, dann bin ich auch missverstanden worden. Ich habe --

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, die Frage von Herrn Röwekamp war -- Sie haben zunächst gesagt --

ewesen. Und das habe ich nicht zusammenbekommen in der Summe.

Zeuge M. W.: Ich meine, ich habe gesagt,

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge M. W.: - in der ersten Antwort.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge M. W.: Ja!

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Zeuge M. W.:

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge M. W.:

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einfach, weil

. Es wäre sonst ja gar nicht --

Zeuge M. W.: Genau.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge M. W.: Deswegen war ich da in den Worten unterschiedlich.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Dann habe ich es jetzt verstanden. -

t?

Zeuge M. W.: Meines Wissens nicht.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde ich gern noch mal anknüpfen an die Befragung vorhin im öffentlichen Teil. Da haben Sie auf meine Frage, sozusagen was unternommen wurde zur Schließung der Lücken, auf den geheimen Teil verwiesen; insofern würde ich darauf zurückkommen. Was ist dann unternommen worden, um die Erkenntnislücken bei den Taliban und in der afghanischen Regierung zu schließen?

Zeuge M. W.: Ja, wir haben -- Also, wenn ein Defizit erkannt wird, dann setzen wir dort mit

UNGÜLTIG
GEHEIM
amtlich geheimgehalten



GEHEIM
nicht geheim gehalten
UNGÜLTIG

neuen Aufklärungsmethoden an, um diese Lücken zu schließen.

Bei der afghanischen Regierung oder bei dem afghanischen Nachrichtendienst

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank. - Mal allgemein gefragt, weil Sie konkret wahrscheinlich nicht antworten dürfen: Aber wenn Sie Quellen haben - das gilt ja für jeden Nachrichtendienst, Inland, Ausland -, muss ja bei der Auswertung immer bedacht werden, dass Quellen möglicherweise auch interessen-geleitet sind und nicht unbedingt das Interesse haben, neutral zu berichten. Wie fließt so was in die Auswertung mit ein? Wie gesagt, ganz abstrakt ausgeführt: Wie wird das berücksichtigt, der Interessenfaktor einer Quelle?

Zeuge M. W.: Der führt zu einer, ja, oder wie auch immer. Also da haben wir Methoden, um genau das zu tun, was Sie hier sagen.

(Thomas Röwekamp
(CDU/CSU): Die hätten wir
auch gern! - Vereinzelt
Heiterkeit)

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht mir ein bisschen wie dem Kollegen Röwekamp. Detaillierter würden Sie das ja auch in geheimer Sitzung nicht ausführen?

Zeuge M. W.: Darf ich nicht, nein.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann ein ganz anderer Komplex; auch da hatte ich vorhin schon nachgefragt. Wenn Sie noch im Sommer 2021 davon gesprochen haben, dass das Emirat 2.0 - zunächst hieß es „langfristig“, in späteren Vermerken „mittelfristig“ - das wahrscheinlichste Szenario war, an welchen Zeitraum ist dann gedacht worden?

Zeuge M. W.: Wir sind davon ausgegangen, dass nach dem Abzug der Streitkräfte - ich meine, der 11. September ist dann auf den 30. September eigentlich verschoben worden, auch von den Amerikanern - die Taliban, so wie sie eine Region nach der anderen - ich habe es vorhin schon mal gesagt - mehr oder weniger ohne Widerstand übernommen haben - - dass das mindestens noch bis Ende des Jahres braucht, dass Kabul eine Sonderrolle spielt, weil wir davon ausgegangen sind, dass die afghanische Regierung den Friedensprozess mit den Taliban weiter fortführt und dass Elemente dieser afghanischen Regierung in dieses Emirat 2.0 überführt werden, genauso, wie die afghanischen Sicherheitskräfte, diese ANDSF, das Militär und die Polizei, quasi in einer gemeinsamen Struktur mit den Taliban zusammen weiter arbeiten, dass es dafür Anzeichen gab, dass es dafür Möglichkeiten gibt.

Helge Limburg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann Herr Keuter.

Stefan Keuter (AfD): Vielen Dank. - Ich versuche, mich auch etwas zu beschleunigen, dass wir alle zeitnah Feierabend haben. - In den Wirren des Augustes 2021

Zeuge M. W.: Ist mir nicht bekannt.

Stefan Keuter (AfD): Die Erkenntnisse nicht oder die

Zeuge M. W.: Beides nicht.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Wenn ich dazu nähere Informationen haben wollen würde, wen müsste ich beim BND dazu befragen? Gibt es da eine Abteilung, die dann dafür zuständig wäre?

GEHEIM
nicht geheim gehalten
UNGÜLTIG



UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

Zeuge M. W.: Also, ich würde es einsteuern im Stab, bei der Leitung, und dann wird man da nachfragen und Antworten suchen. Also, es sagt mir jetzt tatsächlich nichts.

Stefan Keuter (AfD): Okay. Danke. - Hat es im Untersuchungszeitraum noch deutsche Beteiligungen an Catch-and-kill-Operationen gegeben?

Zeuge M. W.: Macht der BND nie.

Stefan Keuter (AfD): Deshalb fragte ich nach Beteiligungen und nicht Durchführungen. Informationsbeisteuerung ist ja unter - -

Zeuge M. W.: Der BND beteiligt sich daran nicht.

Stefan Keuter (AfD): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das ist juristisch dasselbe.

Stefan Keuter (AfD): Wir kommen noch mal auf das Thema vom Herrn Röwekamp zurück, und zwar die Gespräche zwischen BND

Zeuge M. W.: Jetzt kommen wir auf die Methoden unserer Arbeit zu sprechen.

Stefan Keuter (AfD): Dann versuchen Sie, die auszuklammern. Die Methodik interessiert mich jetzt persönlich nicht so.

Zeuge M. W.: Dann sage ich ganz allgemein, dass man, wenn man zusammenarbeiten will, nach einem gemeinsamen Thema sucht, wo man zusammenarbeiten kann.

Da hat man ein gemeinsames Thema.

Stefan Keuter (AfD): Und diese Zusammenarbeit war fruchtbar?

Zeuge M. W.:

Stefan Keuter (AfD): Hat auch der BND

Zeuge M. W.: Nein.

Stefan Keuter (AfD): Nicht mal gefragt oder drum gebeten?

Zeuge M. W.:

Das war nicht in unserem Interesse.

Stefan Keuter (AfD): Ja, aber der Taliban wusste ja von , von den Standorten. Die Amerikaner haben ja hier großzügig vorher schon Informationen geteilt. Also durften wir ja davon ausgehen, dass die Taliban diese Informationen hatten.

Zeuge M. W.: Wir hatten kein Interesse,

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir wollen übrigens mit den Zeugen nicht diskutieren, sondern bitte Fragen stellen.

Stefan Keuter (AfD): Ich wäre sehr dankbar, wenn ich die Befragung zeitnah umsetzen könnte, ohne ständig unterbrochen zu werden. Das ist mir klar. Aber wenn ich an den Zeugen eine Frage richte, dann erwarte ich doch eine Antwort.

Hat es nach der Machtübernahme der Taliban

UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten



UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten

Zeuge M. W.: Da habe ich ja vorhin schon drüber gesprochen. [REDACTED]

Stefan Keuter (AfD): Gut. Vielen Dank. - Das soll es von mir auch gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich weise trotzdem darauf hin, dass ich die Sitzung leite und nicht Sie. - Das Wort geht zur FDP-Fraktion.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Ich würde gern auch noch mal zu dem Begriff des [REDACTED] Vielleicht könnten Sie noch mal ausführen, welche Rolle der [REDACTED] dabei gespielt hat.

Zeuge M. W.: [REDACTED]

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Könnten Sie vielleicht auch ausführen, welche Rolle die Berg-hof-Stiftung in diesem Zusammenhang gespielt hat?

Zeuge M. W.: Nach meiner Kenntnis keine.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Dann möchte ich noch eine Rückfrage stellen zu dem, was ich vorhin mit Ihnen besprochen hatte: das Thema Staatssekretärsrunden. Das ist jetzt keine geheime - oder irgendwie so - Frage, sondern das ist eigentlich eine Fortsetzung der vorherigen Runde. Da haben Sie gesagt, es wären dort auch oft strategische Fragen diskutiert worden. Könnten Sie bitte mal im Zusammenhang mit strategischen Fragen definieren, von welchem Zeithorizont Sie da ausgehen - - oder die dort diskutiert wurden? Also in welchem Zeithorizont wurden dort strategische Fragen diskutiert?

Zeuge M. W.: Also, ich kann mich an eine große strategische Frage erinnern, wo die Runde insgesamt überlegt hat: Was ist Sinn und Zweck des Afghanistan-Einsatzes? Wie müssen wir uns umstellen, weg von „rein militärisch Sicherheitslage

garantieren oder verbessern“, hin zu „einen Aufbau Afghanistans und einen ganzheitlichen Ansatz der Bundesregierung und aller Ressorts ausbringen“? Und das war sicherlich auf noch deutlich mehr Jahre ausgerichtet als nur bis 21.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke. - Dann gehe ich jetzt auf MAT A BND-3.328 VS-NfD, Blatt 90 bis 91 ein. In einer Mail, die vermutlich an Sie ging, wird am 22. Februar 2021 aus einem Gespräch zwischen dem deutschen Botschafter und General Poschwatta berichtet. Ich zitiere:

„In Gesprächen ... ergibt sich hier in Kabul aktuell das Bild, dass es nicht zu einem Abzug von RSM kommen wird. Dies bedeutet, dass der in dem Abkommen zwischen USA und TB vereinbarte Abzug aller internationaler Truppen zum 30.04.2021 nicht eingehalten wird. Die DEU Botschaft geht davon aus, dass die Präsenz internationaler Truppen wohl noch bis Ende 2021 andauern kann, General POSCHWATA [sic!] äußerte sogar die - nicht offizielle - Meinung, dass ein Verbleib bis Ende 2022 von RSM nicht unrealistisch ist.“

Können Sie sich noch an diese Berichterstattung erinnern, und wissen Sie mehr dazu, auf welcher Grundlage der Botschafter und der General ihre Einschätzung machten?

Zeuge M. W.: Das war die Zeit, wo wir alle darauf gewartet haben, wie die neue US-Administration unter Biden dieses Abkommen mit den Taliban denn umsetzen will. Sie erinnern sich: Alle haben erwartet im Herbst - die NATO-Tagung, also Herbst 20 -, dass da entschieden wird, wann der Abzug erfolgt. Ist nicht erfolgt. Dann war da zu dem Zeitpunkt immer noch die Frage: Wie entscheidet sich die Administration Biden dazu? Und wir haben ja die Antwort erst im April bekommen. Und zu der Zeit waren ja tatsächlich auch Überlegungen eigentlich im größeren Stil

UNGÜLTIG
amtlich geheimgehalten



UNGEHEIM
amtlich genehmigt

da, dass es eine Nachfolgeoperation, wenn es auch nicht „Resolute Support“ heißt, aber eine Nachfolgeoperation im kleineren Format geben wird und dass man das fortsetzt, weil man ja insgesamt auch davon ausgegangen ist: Um Afghanistan aufzubauen, brauchen wir noch länger.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Haben Sie da, als Sie diese Information bekommen haben, Versuche unternommen, noch mehr Hintergründe zu bekommen zu dieser Einschätzung oder zu diesen Einschätzungen? Weil bis Ende 2022, das wäre ja doch sehr lange.

Zeuge M. W.: Ja, das war zu dem Zeitpunkt von mehreren Seiten bestätigt, dass diese Überlegungen in den beteiligten Nationen, bei Resolute Support, oder die in Afghanistan engagiert waren -- dass die miteinander überlegt wurden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also Sie haben diese Einschätzung in Ihrer Schlussfolgerung dann auch geteilt?

Zeuge M. W.: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Ja. Okay, gut. - Wie viel Zeit habe ich dann noch, Herr Stegner?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ist kurz vor zwölf.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Noch zwei Minuten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Genau.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Dann verzichte ich auf die zwei Minuten. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Frau Kollegin Büniger zum krönenden Abschluss.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr M. W., ich würde noch mal kurz auf die Frage [redacted] zu sprechen kommen. Sie haben jetzt gesagt:

Zeuge M. W.: Es war [redacted]

Clara Büniger (DIE LINKE): Also Sie [redacted]

Zeuge M. W.: Nein, das kann ich ganz sicher nicht.

(RD Michael Steppan
(BKAm) meldet sich zu
Wort)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie brauchen den Arm nicht zu heben. Das ist klar.

Clara Büniger (DIE LINKE): Ja, okay. - Dann würde ich gerne noch mal zu den -- [redacted]

-- Sie haben ja gesagt, Sie standen da im Austausch und man hatte einen gemeinsamen inhaltlichen Punkt gefunden, über den man sprechen kann. [redacted] - würden Sie das rückblickend sagen - [redacted]

Zeuge M. W.: Nein, haben sie nicht.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wir haben vorhin darüber gesprochen, dass ein Kipppunkt der vollständige Abzug der US-Truppen ist. Und Sie haben vorhin gesagt, dass eigentlich in Aussicht stand, dass man noch länger bleibt und dass es sogar Verträge mit der US-Botschaft gegeben hat und Garantien auch für die deutsche Botschaft. Können Sie dazu nähere Ausführungen machen, was das für Verträge waren?

Zeuge M. W.: Das war ein Memorandum of Understanding, dass man sich gegenseitig Sicherheitsgarantien gibt, dass, wenn eine kurzfristige Evakuierung notwendig ist, die US-Botschaft die

UNGEHEIM
amtlich genehmigt



GEHEIM
amtlich geheim gehalten
UNGÜLTIG

deutsche Botschaft informiert und insbesondere auch dann eine Luftbrücke vom Flughafen Kabul durch die Amerikaner garantiert wird.

Clara Bünger (DIE LINKE): Und das waren Verträge zwischen wem?

Zeuge M. W.: Der amerikanischen und der deutschen Botschaft.

Clara Bünger (DIE LINKE): Okay. - Dann eine allerletzte Frage. Sie haben von Prognosetechniken gesprochen - da ging es um die Defizite vorhin - und

Können Sie sagen, was das für Methoden sind, wie die heißen und ?

Zeuge M. W.: Darf ich mal fragen: Gehört das zum Untersuchungsgegenstand dazu? -

. Unter dem Namen haben wir das begonnen. Ob das mittlerweile einen anderen hat, weiß ich nicht, weil ich schon seit einem Jahr nicht mehr dabei bin.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ich glaube schon, dass das dazugehört, weil es geht ja um die Defizite und die Lessons learned. Deshalb habe ich danach gefragt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann sind wir am Ende der Befragung angekommen. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung noch nicht, Herr Zeuge; das wissen Sie. Sie kriegen das Protokoll übersandt und können innerhalb von 14 Tagen Korrekturen anbringen und Fehler korrigieren. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss der Vernehmung.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

Die nächste öffentliche Beweisaufnahmesitzung ist für den 12. Oktober, 12 Uhr, vorgesehen.

Um 0.02 Uhr schließe ich die Sitzung und bedanke mich für Ihre Kondition und für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

(Schluss: 0.02 Uhr)

GEHEIM
amtlich geheim gehalten
UNGÜLTIG